

Aepplis Weiterbildungs-Pläne in der Kritik

Schulen wehren sich gegen Kürzungen bei Sprachkursen

fur. Die Reformpläne von Bildungsdirektorin Regine Aeppli für die staatlich unterstützte Erwachsenenbildung haben bei den Berufsschulen für Aufregung gesorgt. Aeppli hatte letzte Woche unter anderem erklärt, dass Sprachkurse und allgemeinbildende Kurse an Berufsfachschulen künftig nicht mehr generell finanziell unterstützt werden sollen (NZZ 30. 9. 05). Welche Kurse dies betreffen solle, müsse der Kantonsrat bei der bevorstehenden Beratung des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz im Grundsatz entscheiden. Danach will die Bildungsdirektion einen Kriterienkatalog ausarbeiten. Schon im August hat der Regierungsrat als Sanierungsmassnahme beschlossen, dass die Sprachkurse für Erwachsene an den staatlichen Schulen nicht mehr subventioniert werden. Es gebe genügend private Anbieter, begründete er diesen Entscheid.

Protest der Weiterbildungs-Konferenz

Dagegen wehrt sich die Zürcher Konferenz für Weiterbildung (ZKW), in der staatliche wie private Weiterbildungsinstitutionen organisiert sind. An einer Sitzung am Dienstag einigten sich die Mitglieder der ZKW einhellig darauf, diese Massnahme nicht zu akzeptieren, wie ZKW-Präsidentin Elisabeth Derisiotis erklärte. Bevor solche Kürzungen vollzogen werden sollten, müsse sich die Politik darüber klar werden, wie die Weiterbildung im

Kanton Zürich in Zukunft auszusehen habe. Gelegenheit dazu biete die Debatte zum Einführungsgesetz im Kantonsrat. Die Streichung der Sprachkurse sei ein Präjudiz und dürfe nicht vollzogen werden, bevor die Eckpfeiler der künftigen Weiterbildungspolitik feststünden, sagte Derisiotis. Zu klären sei unter anderem, welche Arten von Weiterbildung der Staat fördern solle und auf welche Weise. Die Kürzung bei den Sprachkursen müsse im Rahmen der Budgetdebatte im Kantonsrat verhindert werden. Derisiotis, selbst SP-Kantonsrätin, will diese Haltung ihrer Fraktion beliebt machen. Zugleich will die ZKW in einem Brief zuerst die Bildungsdirektion und danach die Finanzkommission sowie die Bildungskommission des Kantonsrats dazu aufrufen, von der Massnahme abzusehen.

Die Rektoren der Berufsschulen selbst zweifeln am Spareffekt der Kürzungsmassnahme. Wie Hans-Peter Hauser, Rektor der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich, erklärte, hat man festgestellt, dass die ursprünglich berechneten 11,3 Millionen Franken Sparpotenzial viel zu hoch gegriffen seien. Hauser ist zudem überzeugt, dass er in seiner Schule die Kosten senken kann, ohne alle Sprachkurse abzuschaffen. Der Entscheid sei aber vor allem bildungspolitisch verheerend. Fremdsprachen gehörten zur Grundbildung, sagte er. Es sei paradox, dass man Frühenglisch in der Volksschule einführe und im Weiterbildungsbereich die Fremdsprachenkurse nicht mehr weiter unterstützen wolle.

«Sprachen gehören zur Grundbildung»

Auch Werner Kolb, Rektor der Berufsschule Bülach, glaubt nicht an viel Sparpotenzial. Bei ihm seien die Lehrerlöhne durch die Kursgebühren

gedeckt, andere Kosten habe er kaum, da die Kurse in den Schulräumen stattfänden. Bei einer Verteuerung der Kurse müsse man damit rechnen, dass Leute mit kleinem Budget die Kurse vielleicht nicht mehr besuchten. Es sei für ihn aber auch klar, dass Berufsschulen keine sozialen Institutionen seien und dass sie nicht mit tiefen Kursgebühren die privaten Sprachschulen konkurrenzieren sollten.

Erich Stutz, Rektor der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Winterthur, hat zwar Verständnis dafür, dass auch die Berufsschulen einen Sparbeitrag leisten sollen, ist aber ebenfalls der Meinung, dass Fremdsprachen zur beruflichen Grundbildung gehören. Viele Lehrlinge hätten während der Lehre oft keine Zeit, nach der langen Arbeit und der Schule noch in Freifächern die Fremdsprachenkenntnisse zu verbessern. Sie müssten nach der Lehre die Möglichkeit haben, günstig Kurse zu besuchen. Stutz befürchtet zudem, dass weitere Sparmassnahmen den Bereich der höheren Berufsbildung (höhere Fachprüfungen, Berufsprüfung) treffen könnten; dies wäre verheerend, weil mit diesen Kursen die künftigen Lehrmeister ausgebildet würden.